70. Jahrgang. № 175 Donnerstag, 15. April 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. April 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat April 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

26 Prager Straße **Elegantes Reisegepäck** **Adolf Näter** **Feinste Lederwaren** Prager Straße 26

Oesterreichische Gäste im Reichstag.

Empfang der Wiener Sänger durch den Reichstagspräsidenten. — Kundgebung für den Anschluß.

Schwere Wahlzusammenstöße in Amerika. — Vorläufiger Waffenstillstand in Marokko. — Wieder Deutschenhetze in Prag.

Volk zu Volk!

Berlin, 14. April. Heute nachmittag fand im Reichstage ein Empfang zu Ehren der hier weilenden Wiener Lehrer statt. Der Reichstagspräsident Löbe richtete an die Wiener eine längere Ansprache, in der er ausführte: Ich begrüße Sie in diesem Saale der deutschen Volksvertretung, **in dem, wie wir hoffen, dereinst die Abgeordneten aller österreichischen Gaue und aller österreichischen Parteien als offizielle Vertreter sitzen werden,** als einstweilige Vertreter Oesterreichs. Löbe **wies darauf hin, daß der Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs aus dem Stadium vom unerfüllbaren, aussichtslosen Wünschen in das der Beachtung durch die Gegner und der politischen Auseinandersetzung getreten sei.** Er schloß mit einem Hoch auf das gemeinsame deutsche Vaterland.

Hierauf ergriff der Vorstand des Wiener Chores, Schönbauer, das Wort zu einer Erwiderungsansprache, in der er zunächst den herzlichsten Dank der Wiener für den freundlichen Empfang in Berlin aussprach, und dann fortfuhr:

Oesterreich erblickt in dem Anschluß an das deutsche Bruderland die einzige Rettung.

Heute stehen wir in diesem Hause der deutschen Volksvertretung als Träger und Künder der geheiligten Gefühle unseres Volkes, das den begehrten Einlaß in das Vaterhaus noch nicht finden kann. Wir können die Millionen Hände, die sich uns aus den geöffneten Fenstern entgegenstrecken, noch nicht fassen, nicht halten. Möge der Ruf: „Volk zu Volk" bald gehört werden. Es lebe, so schloß der Redner, der Friede, es lebe die Volksversöhnung, es werde leben ein größeres, glückliches und einiges deutsches Vaterland!

Nach minutenlangen Heilrufen und Händeklatschen, die der Rede Schönbauers folgten, sangen dann die Wiener Sänger das niederösterreichische Trutz-Gesangl von Prof. Kehldorfer. Den Abschluß der Feier bildete ein gemeinsames Mahl im Kuppelsaale des Reichstagsgebäudes.

Der Streit um das Fürstengesetz.

Berlin, 14. April. Das Reichskabinett wird sich morgen wiederum mit dem umgearbeiteten Entwurf des Kompromißgesetzes zur Fürstenabfindung befassen. Am Freitag sollen dann die Vertreter der Regierungsparteien empfangen werden, wobei man sich über die noch strittigen Punkte klar zu werden hofft. Strittig scheine vor allem noch die Frage der Zusammensetzung des zur Regelung der Auseinandersetzung vorgesehenen Gerichtshofes, sowie die Frage der Rückwirkungen zu sein.

Das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens

Berlin, 14. April. Am heutigen Vormittag trat der Reichswahlausschuß im Statistischen Reichsamt zusammen, um die Ergebnisse für die Eintragungen für das Volksbegehren festzustellen. Der Vorsitzende, Geheimer Reg.-Rat Meißinger, teilte mit, daß seinerzeit die amtlichen vorläufigen Feststellungen 12 512 000 Stimmen ergeben hätten. Bei der endgültigen Feststellung seien 12 523 939 Stimmen errechnet worden. Es seien mehrere Einsprüche der Deutschnationalen Volkspartei gegen das Volksbegehren abgegeben worden. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, bezüglich dieser Einsprüche dem Reichsminister des Innern den Wunsch auszusprechen, darüber zu beschließen, ob die Einsprüche berechtigt seien.

Die Verwaltungsreform im Reich und in den Ländern.

(Durch Funkspruch.)

Berlin, 14. April. Zwischen Vertretern des Reiches und der Länder haben nach einem Bericht des „B. T." in den letzten Tagen Besprechungen über die Frage der Verwaltungsreform stattgefunden. Die Beratungen wurden vertagt, um den Ländervertretern Gelegenheit zu geben, mit ihren Regierungen Rücksprache zu nehmen. (WTB.)

Der Rheinlandkommissar in München.

München, 14. April. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langwerth v. Simmern, trifft am Donnerstag früh in München ein. Um 10 Uhr vormittags beginnen im Ministerium des Aeußeren die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten, an denen die beteiligten Ministerien sowie der Regierungspräsident von Speyer teilnehmen werden. Abends findet beim Ministerpräsidenten ein Essen statt, zu dem die an der Beratung beteiligten Herren eingeladen sind.

Wüste Terrorakte des Ku-Klux-Klan.

Schwere Feuerkämpfe mit der Polizei.

Neuyor, 14. April. In verschiedenen Orten des Mittelwestens der Vereinigten Staaten, kam es anläßlich der Primärwahlen zu **schwersten Feuerkämpfen zwischen Ku-Klux-Klan und der Polizei. Ueber Herrin in Illinois, dem Ausgangspunkt der Unruhen, wurde der Belagerungszustand verhängt. Sechs Tote, unter denen sich drei Polizeibeamte befinden und viele Verwundete waren zu beklagen.** Der Kampf brach nachts aus, weil sich die Bevölkerung gegen die Terrorakte der Ku-Klux-Klan-Leute auflehnte. Diese mußten sich zurückziehen, verbarrikadierten sich in einer großen Autogarage, wo sie über verschiedene Maschinengewehre und viele Feuerwaffen verfügten. Es begann nun ein wildes Feuer auf die Menge. Die angegriffene Bevölkerung organisierte ebenfalls schnell eine Kampftruppe, die sich Feuerwaffen, darunter mehrere Maschinengewehre, besorgte, und griff unter Mithilfe der Polizei die Aufständischen an. Der Angriff wurde abgeschlagen und darauf der Belagerungszustand über die ganze Gegend verhängt.

In Chicago gab es gleichfalls schwere Kämpfe. Organisierte Banden errichteten in verschiedenen Teilen der Stadt eine wahre Schreckensherrschaft. Sie erschienen mit Autos vor den Wahllokalen und hielten die Menge und die Wahlbeamten mit Gewehren und Revolvern in Schach, raubten die Wahlurnen und eröffneten, wenn Widerstand erfolgte, Schnellfeuer. Viele Personen wurden verwundet und Wahlbeamte zum Teil entführt. Auch aus anderen Orten des Mittelwestens werden Kämpfe gemeldet.

Vor neuen Kämpfen.

Neuyork, 14. April. Zur Unterstützung der Polizei im Kampfe gegen die Ku-Klux-Klaner sind Truppen in Illinois eingetroffen. Die Ku-Klux-Klaner haben sich verschanzt. Neue Kämpfe werden erwartet.

Eine Wahlniederlage der Republikaner.

Chikago, 14. April. Bei der gestrigen Urwahl in Illinois wurde der republikanische Senator Mc. Kinley mit einer Mehrheit von 100 000 Stimmen geschlagen. Mc. Kinley hatte bei seinem Wahlfeldzug, in dem er als Kandidat für den Senat auftrat, als Hauptprogrammpunkt den Beitritt Amerikas zum Weltgerichtshof vertreten.

Senator Borah erklärte, Illinois habe bei der Abstimmung dem allgemeinen Gefühl des Landes gegen den Weltgerichtshof Ausdruck gegeben. Der Feldzug gegen den Weltgerichtshof werde fortgesetzt werden. (W. T. B.)

Coolidge will das Freigabegesetz.

(Durch Funkspruch.)

Neuyork, 14. April. Nach einer Meldung der Associated Preß aus Washington erklärte Schatzsekretär Mellon heute im Ausschuß des Repräsentantenhauses, daß die schwebende Gesetzesvorlage zur Regelung der deutsch-amerikanischen Ansprüche die Billigung des Präsidenten Coolidge gefunden habe, und daß das Schatzamt auf ihre schleunige Behandlung in der gegenwärtigen Kongreßtagung dringen werde.

Angriffe im amerikanischen Senat auf Mussolini.

(Durch Funkspruch.)

Washington, 14. April. In der Senatsdebatte über die italienische Schuldenregelung bezeichnete Mc Kellar (demokratischer Senator aus Tenessee) Mussolini als einen Despoten und das schlimmste Uebel, das das italienische Volk seit einem Jahrhundert befallen habe. Der republikanische Senator von Pennsylvanien, Reed, warnte vor solchen Aeußerungen, da diese als Unfreundlichkeit gegen Italien aufgefaßt werden könnten.

In der Untersuchung des Senats über die Prohibition schilderte ein Priester aus dem Kohlendistrikt von Pennsylvania die **Trunksucht der Bergarbeiter, die jetzt schlimmer sei, als vor der Prohibition.** Namentlich auch unter den minderjährigen Mädchen sei dies der Fall.

Amerikas Marineluftprogramm.

Washington, 13. April. Die Gesetzvorlage, die 85 Millionen Dollar für das fünfjährige Bauprogramm für den Marineluftdienst vorsieht, wurde vom Repräsentantenhause angenommen und geht nunmehr an den Senat.

Innerhalb von fünf Jahren wird in dem Programm der Bau von 2200 Flugzeugen und von zwei Luftschiffen vorgesehen, deren Umfang dreimal größer sein soll, als der der „Shenandoah".

Keine Anerkennung der Sowjets durch die Vereinigten Staaten.

Neuyork, 13. April. Amerikanische Blätter berichten, daß in den Konferenzen zwischen Coolidge, Kellogg, dem amerikanischen Botschafter in London, Houghton, und dem amerikanischen Gesandten in der Schweiz, Gibson, auch die Frage der Anerkennung Rußlands durch die Vereinigten Staaten besprochen worden sei. **Nach eingehender Prüfung der Lage sei man jedoch dahin übereingekommen, Sowjetrußland noch nicht anzuerkennen.**

Chartered Companies.

Man wird gut tun, in der deutschen Oeffentlichkeit dem kürzlich von Dr. Schacht aufgeworfenen Plan einer vorläufigen Entpolitisierung der Kolonialpolitik durch Schaffung privatkapitalistischer kolonialer Unternehmergesellschaften nach dem System der sogenannten Chartered Companies in der nächsten Zeit eine stärkere Beachtung zu schenken, als es bisher unbegreiflicherweise geschehen ist. Das erfordert nicht allein die Persönlichkeit des Reichsbankpräsidenten, die an sich schon eine Gewähr dafür bietet, daß das Projekt nicht ohne ein materielles Fundament kühn in die Luft gebaut ist. Das erfordern noch mehr die eigenartigen politischen Zusammenhänge, die sich in den letzten Tagen ergeben haben. Gewiß ist es schließlich nicht weiter verwunderlich, daß der frühere englische Marineminister Fisher sich auf den Boden dieser Pläne stellt, da sie zweifellos für die englische Politik einen gangbaren Ausweg aus den Schwierigkeiten nur zu berechtigter und unabweisbar deutscher Kolonialforderungen bieten. Weit beachtlicher noch ist aber der sehr bedauerliche Wille zu kolonialpolitischer Passivität, der sich leider heute der offiziösen deutschen Kolonialpolitik bemächtigt zu haben scheint. Man wird nämlich kaum annehmen können, daß der Reichsinnenminister Dr. Külz seinen Artikel über das deutsche Kolonialproblem ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Amt geschrieben hat. Seiner Aufforderung, „die kolonialen Forderungen im Augenblick nicht zu spezialisieren, sondern ganz allgemein zunächst die Anerkennung des von kaum einer Seite bestreitbaren Rechtes Deutschlands zu verlangen, in die Reihe der kolonialen Mächte wieder eingruppiert zu werden", kommt darum zweifellos offiziöse Bedeutung zu. Und das um so mehr, als eine als völlig offiziös aufrisierte Meldung der „B. Z." gleichfalls die weitere politische Verfolgung des Kolonialproblems als eine spätere Sorge nach dem Völkerbundsbeitritt bezeichnet, und dafür als Grund anführt, daß Deutschlands moralisches Recht in Locarno bereits anerkannt worden sei. Der offiziöse Charakter der „B. Z."-Information ist zwar von dritter Seite bestritten worden. Trotzdem läßt sich die Gemeinsamkeit der Auffassung, daß augenblicklich keine kolonialpolitische Initiative der deutschen amtlichen Stellen zu erwarten sei, nicht verkennen. Anderseits steht die Tatsache fest, daß in Locarno unser moralisches Recht auf koloniale Betätigung anerkannt worden ist. Dr. Külz rennt also offene Türen ein, wenn er das deutsche Volk zum Kampfe um dieses Recht aufruft. Was er hier fordert, hat die deutsche koloniale Bewegung längst geleistet. Sie hat es zuwegegebracht, in einem jahrelangen Kampfe gegen zwei Fronten, im Auslande gegen die Lüge von der deutschen Kolonialunwürdigkeit, im Innern gegen die anfänglich erschreckende Interesselosigkeit an einer kolonialen Betätigung, den kolonialen Gedanken wieder fest im deutschen Volke zu verankern. Und wie stark der koloniale Gedanke bei uns wieder geworden ist, zeigt schon die Tatsache, daß sich im vergangenen Jahre Reichstagsabgeordnete aller Parteien zu einer interfraktionellen Kolonialvereinigung zusammenfinden konnten, was selbst in Fragen nationaler Würde nicht möglich war. Der Gedanke kann und muß gewiß noch verstärkt und vertieft werden. Aber der eigentliche Kampf liegt hinter uns, und kein noch so kolonialfreundlicher offiziöser Artikel kann darüber hinwegführen, daß wir jetzt vor entscheidenden Entschlüssen in der Kolonialfrage stehen. Es gilt heute eine zielbewußte Einstellung der deutschen Politik auf eine praktische Lösung des kolonialen Problems. Daß der Kampf schwer wird, ist keine Frage. Er wird auch sicher nicht im ersten Ansturm zum Erfolge führen. Darüber gibt sich niemand einer Täuschung hin, aber die Entscheidung muß jetzt getroffen werden, ob wir eine politische Lösung der Uebertragung kolonialer Gebiete anstreben, oder ob wir einen Versuch auf unpolitisch-privatwirtschaftlicher Grundlage nach den Vorschlägen Dr. Schachts machen können.

Was Dr. Schacht vorschlägt, ist auf jeden Fall interessant, wenn auch nicht neu. Er selbst hat bereits vor zwei Jahren gegenüber dem Korrespondenten des „New York Herald" ähnliche Gedanken vertreten, dabei die Gründung einer privaten internationalen Kolonisationsgesellschaft propagiert und auf die englische Ostindische Kompagnie hingewiesen. Letzten Endes bedeuten seine Pläne Kolonialpolitik im Kreise, und zwar unter sehr bedenklicher Hintansetzung der historischen Erfahrung. Im Gegensatz zu dem französischen System der staatlichen Besitzergreifung kolonialen Bodens mit nachfolgender Kolonisierung hat sowohl die englische koloniale Ausbreitung wie auch besonders die deutsche koloniale Tätigkeit unter Bismarck auf privater Grundlage begonnen. Das gilt von der bekannten englischen Ostindischen Kompagnie und der Britisch-Südafrikanischen Gesellschaft — um nur einige Beispiele zu nennen — in gleichem Maße wie von dem ersten deutschen Versuch des Hamburger Hauses Godeffroy